

# WEITERDENKEN

Caroline Werkmann, Laura Wolfs

## Corona als Brennglas

**Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit, Sicherheit und politische Erwartungen nach dem Corona-Schock in Nordrhein-Westfalen**

Die Coronakrise hat vielfach zu einem gesellschaftlichen Umdenken geführt. Eine Ipsos-Studie im Auftrag des Weltwirtschaftsforums vom September 2020 zeigt, dass jede\_r zweite Deutsche sich wünscht, dass sich das eigene Leben stark verändert und nicht alles wieder so wird wie vor der Pandemie (vgl. Freudenthal 2020). Daraus ergibt sich die Frage, wie eine Welt nach Corona aussehen sollte und welche Politikfelder und Probleme insbesondere adressiert werden sollten.

Studien, die vor Corona durchgeführt wurden, geben Anhaltspunkte dazu, welche Themen und Politikfelder dominieren. Eine 2019 durchgeführte qualitative Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Nordrhein-Westfalen (NRW) benennt Beispiele aus dem Alltagsleben für mangelnden Zusammenhalt und Gerechtigkeit. Bildungs-, Infrastruktur-, Arbeitsmarkt- und Klimaschutzpolitik sind nur einige der genannten Politikfelder (vgl. Florack 2020).

Um anhand von gesellschaftspolitisch relevanten Feldern zu untersuchen, inwiefern sich Einstellungen und Erwartungen von Erkenntnissen und Ergebnissen vor der Coronapandemie unterscheiden oder decken, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung erneut eine qualitative Studie beauftragt. Ziel der Studie war es, anhand konkreter Erfahrungen im Alltagsleben und Problemen in unterschiedlichen Politikfeldern (aktuelle) gesellschaftliche Entwicklungstendenzen aufzuzeigen und aus diesen politische Prioritäten abzuleiten.

Die qualitative Untersuchung wurde mittels acht im Januar 2021 durchgeführten Online-Gruppendiskussionen vom Meinungsforschungsinstitut Ipsos GmbH umgesetzt. Insgesamt nahmen 58 Befragte aus verschiedenen Regionen NRWs mit unterschiedlichen Bildungs- und beruflichen Hintergründen an der Studie teil. Zudem zeichneten sich alle Teilnehmer\_innen durch eine gewisse Affinität zur sozialen Demokratie aus.

Die Erkenntnisse dieser Studie liefern einen Wasserstand zum gesellschaftlichen Stimmungsbild nach zehn Monaten Pandemie und zeigen politischen Handlungsbedarf für die Landespolitik in Nordrhein-Westfalen auf:

*Erstens* kann in Zeiten der Coronapandemie eine zentrale Quelle gesellschaftlicher Unsicherheit klar benannt werden: Das bisher recht diffuse Unsicherheitsgefühl, das sich in vorangegangenen Studien in einem verstärkten Sicherheitsbedürfnis in allen Politikfeldern ausgedrückt hat, manifestiert und konkretisiert sich nun in Form der spezifisch aus der Coronalage resultierenden Unsicherheit.

*Zweitens* hat sich im Vergleich zur Vorgängerstudie aus 2019 nicht die Art, sondern der Nachdruck der politischen Forderungen gewandelt. Durch Covid-19 wurden bestehende Missstände in einzelnen Politikfeldern wie durch ein Brennglas verschärft bzw. akzentuiert, vor allem Bildung, Familienpolitik und Betreuung rücken in den Vordergrund. Andere Bereiche haben im Verhältnis dazu an Dringlichkeit verloren, jedoch hat die Krise das gesellschaftliche Bewusstsein für die eigene Verletzlichkeit geschärft – und somit auch den weiterhin bestehenden Handlungsbedarf, z. B. im Bereich Klimaschutz.

*Drittens* ist die zentrale Rolle von Chancengleichheit für eine gute, sichere Zukunft insgesamt bewusster geworden. Durch Corona erhöht sich die gesellschaftliche Aufmerksamkeit für die Folgen bestehender Ungleichheiten. Fragen von sozialer Gerechtigkeit und Fairness erhalten neuen Stellenwert.

Tabelle 1: Zusammensetzung der Online-Fokusgruppen

|                   |    |                         |    |
|-------------------|----|-------------------------|----|
| <b>Anzahl</b>     | 58 | <b>Bildung</b>          |    |
| <b>Geschlecht</b> |    | Mittlere Reife          | 13 |
| männlich          | 28 | Abitur/Fachabitur       | 29 |
| weiblich          | 30 | Abgeschlossenes Studium | 16 |
| <b>Alter</b>      |    | <b>Region</b>           |    |
| 18–29             | 20 | Ruhrgebiet              | 30 |
| 30–49             | 31 | Prosperierende Regionen |    |
| 50–64             | 7  | (z.B. KLN, DUS)         | 28 |



**Caroline Werkmann**, Politikwissenschaftlerin, arbeitet seit 2018 als Research Executive für qualitative Forschung bei Ipsos. Sie publizierte u. a. zu Themen wie Rechtsradikale Parteien in Osteuropa sowie KI und Digitalisierung.



**Laura Wolfs**, Politikwissenschaftlerin, arbeitete im Journalismus, für NGOs und in der qualitativen Marktforschung. Seit 2017 forscht sie als Senior Research Executive bei Ipsos zu politischen und sozialen Themen, bspw. prekäre Lebensverhältnisse von Frauen und Digitalisierung.

## Corona als Quelle gesellschaftlicher Unsicherheit

Der zu Beginn der Pandemie wahrgenommene steigende Austausch im direkten Umfeld und die Solidarität und Unterstützung, etwa innerhalb von Hausgemeinschaften und in Nachbarschaften, die sich gegenseitig unterstützen und füreinander da sind, scheint nach zehn Monaten Pandemie einer Unsicherheit im sozialen Miteinander gewichen zu sein. Verschärfte und zugleich bundesweit und innerhalb des Bundeslandes uneinheitlich umgesetzte Coronamaßnahmen führen zur Verunsicherung über das ‚richtige‘ Verhalten im sozialen Miteinander. Das Bedürfnis, sich regelkonform und rücksichtsvoll zu verhalten, steht einer Unsicherheit über geltende Regelungen entgegen und wird verstärkt als Stressfaktor wahrgenommen. In der Öffentlichkeit drückt sich dies in einer zunehmenden Gereiztheit aus – gerade in Bezug auf eigenes ‚Fehlverhalten‘ oder das anderer, z. B. wenn zu wenig Abstand gehalten oder der Mund-Nasen-Schutz nicht korrekt getragen wird, nehmen die Befragten einen aggressiveren Umgang miteinander wahr.

Zudem zeigt sich ein mehr oder weniger stark ausgeprägtes Gefühl der ‚Lähmung‘: In Zeiten der Pandemie besteht das Gefühl, man könne wenig tun, um die eigenen Umstände aktiv zu ändern, oder das gesellschaftliche Leben mitgestalten zu können. Politisches Engagement auf der Straße ist nur eingeschränkt oder gar nicht möglich; berufliche Weiterentwicklung wird durch Kurzarbeit, Einstellungsstopps und existenzielle Bedrohung ganzer Branchen erschwert. Das Leben scheint zu stagnieren – das Ende der Pandemie und die Gestaltung des Lebens ‚danach‘, d. h. wann und wie eine Rückkehr zur ersehnten ‚normalen‘ Realität möglich sein wird, bleibt ungewiss.

## Politische „Planlosigkeit“ neu in Corona-Politik manifestiert, Konsequenzen verschärft

Bereits in vergangenen Studien wurde deutlich, dass der Politik eine Plan- und Konzeptlosigkeit attestiert wird, es fehle an „langfristigen Visionen“ und an „Entscheidungs- und Durchsetzungsfähigkeit“ (vgl. Florack 2020). Diese gefühlte politische „Planlosigkeit“ hat sich in der Corona-Politik und deren Umsetzung neu manifestiert: Der „Flickenteppich“ an Regelungen, das fehlende bundeseinheitliche Vorgehen und die unterschiedlichen Auslegungen der Coronamaßnahmen selbst innerhalb NRWs fügen sich zu einem chaotischen Gesamtbild zusammen. Es zeige aus Sicht der Befragten, dass es der Politik an einer langfristigen Strategie gegen Corona fehle.

Die Konsequenzen aus vergangener „Planlosigkeit“ seien nun verstärkt sichtbar. Vor allem fehlende Investitionen in den Bereichen Bildung und Betreuung werden als Beispiele genannt, wie frühere Versäumnisse der Politik durch Corona deutlich werden. Mangelnde Investitionen in der Vergangenheit schufen die Grundlage dafür, dass bestehende Ungleichheiten durch Corona verschärft wurden – und sich auch weiter verschärfen werden.

Die Befragten sehen Investitionen daher als Notwendigkeit an, um Missstände aus der Vergangenheit abzarbeiten und gleichzeitig neue (soziale) Akzente für die Zukunft zu setzen. Eine Alternative zu Investitionen in die sozialen Sicherungssysteme wird nicht gesehen, sofern weitreichende soziale Konsequenzen vermieden werden sollen.

## Ambivalente Bewertung der Aufnahme neuer Schulden

Die Diskussion um die Finanzierung der Investitionen bleibt jedoch stets sehr abstrakt und ist geprägt von eher geringem Wissen über finanzpolitische Zusammenhänge. Auf der einen Seite zeigt sich ein Grundvertrauen in Politik und Wirtschaft, das sich aus dem Eindruck speist, Staatsverschuldung sei ‚nichts Neues‘ und müsse immer in Relation zur Wirtschaftskraft gemessen werden, die für Deutschland trotz der Folgen der Coronapandemie noch vergleichsweise stark eingeschätzt wird. Zudem seien Schulden eine Investition in die Zukunft und zahlten sich aus – z. B. in der Ausbildung von Fachkräften.

Auf der anderen Seite äußern die Befragten Bedenken über die massiven Schulden, die zur Bekämpfung der Folgen der gesamten Coronapandemie aufgenommen werden. Vor allem Befragte in prekären Beschäftigungssituationen und Beschäftigte aus besonders durch die Pandemie betroffenen Branchen befürchten eine zusätzliche finanzielle Belastung durch Steuererhöhungen und sorgen sich um die Belastung nachfolgender Generationen. Es besteht der Wunsch, auf anderen Ebenen Einsparungen vorzunehmen, beispielsweise bei der Finanzierung teurer „Leuchtturmprojekte“ oder „sinnloser“ Infrastrukturausgaben, die jedoch nicht konkretisiert wurden.

## Bildungspolitik: Ungleiche Chancen für benachteiligte Kinder durch Corona weiter verschärft

Im Bereich Bildung sehen die Befragten klaren Investitionsbedarf. Bereits in der Vergangenheit wahrgenommene Missstände, u. a. eine unzureichende und variierende Ausstattung von Schulen, Lehrkräftemangel und Sanierungsstau in Schulgebäuden, seien durch Corona weiter verschärft worden. Die Brennglaswirkung der Pandemie tritt hier besonders stark hervor – die Benachteiligung von Kindern aus sozial schwächeren Familien werde durch das Aussetzen des Präsenzunterrichts verstärkt. Ressourcen wie verfügbare Endgeräte und die Bildung des Elternhauses entscheiden nun existenziell über den Bildungszugang. Die variierende digitale Infrastruktur der Schulen habe einen „Flickenteppich“ in der Umsetzung von Homeschooling zu Folge und wirke sich unmittelbar auf die Qualität des Unterrichts aus.

Nach zehn Monaten Pandemie zeigen sich hier deutliche Anzeichen von Frustration unter den Befragten. Es sei nicht bemerkbar, dass die Schulpolitik Lehren aus dem ersten Lockdown im vergangenen März gezogen habe. Die Forderungen an die Politik, den Ausbau der digitalen Infrastruktur an Schulen voranzutreiben, gewinnen nun eine neue Dringlichkeit. Finanzielle Entlastungen benachteiligter Familien durch die Bereitstellung digitaler Endgeräte wird als höchste Priorität gesehen, um bestehenden Ungleichheiten entgegenzuwirken. Zudem müsse das Lehrpersonal aufgestockt und für das digitale Zeitalter aus- und weitergebildet werden, um eine gute Bildung ermöglichen zu können.

## Familien- und Betreuungspolitik: Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Ähnlich wie in der Vorgängerstudie bemängeln die Teilnehmenden die hohe finanzielle Belastung von Familien. Weiterhin werden die Höhe der Kitagebühren sowie die für die Befragten intransparent wirkenden regionalen Unterschiede der

Beiträge kritisiert. Zudem mangle es an Betreuungsplätzen – und die Organisation und Zuweisung der Kitaplätze sei weder strukturiert noch nachvollziehbar. Insgesamt wird eine schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf attestiert, auch bezüglich der Pflege Angehöriger.

Die Coronapandemie entfaltet auch hier ihre Brennglaswirkung: Die Befragten nehmen eine Verschärfung der finanziellen Belastung der Familien wahr, u. a. durch Kurzarbeit eines oder beider Elternteile und die verzögerte Rückzahlung von nicht in Anspruch genommenen Leistungen wie Essensbeiträgen der Kitas. Zudem komme eine hohe emotionale Belastung hinzu, die sich durch die fehlenden Kontakte zu Gleichaltrigen besonders negativ auf die Kinder auswirke.

Erheblich kritisiert wird zudem die als inkonsequent wahrgenommene Betreuungspolitik während der Coronapandemie. Die Befragten empfinden eine große Verunsicherung durch die uneinheitlichen Regelungen zur Notbetreuung, die u. a. in Konflikten mit Arbeitgeber\_innen münden.

Zentrale politische Forderungen der Teilnehmenden sind daher eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau der Kitaplätze, die Aufstockung des Kitapersonals und flexiblere Betreuungsmöglichkeiten, eine finanzielle Entlastung der Familien durch kostengünstigere Betreuung sowie eine klare und einheitliche Umsetzung der Coronamaßnahmen in der Betreuungspolitik.

### **Klima- und Umweltpolitik: Unternehmen stärker in Verantwortung nehmen**

Im Politikfeld Klima- und Umweltschutz nehmen die Befragten erste positive Veränderungen wahr: In den Städten werden zunehmend Radwege ausgebaut, zudem gebe es erste Pilotprojekte zur Umstellung von Diesel auf Bio-Erdgas bei Stadtbussen, es werde viel in E-Mobilität investiert und der Kohleausstieg sei ebenso ein Schritt hin zu mehr Klimaschutz.

Durch die eingeschränkten Reise- und Freizeitmöglichkeiten hat Corona unter den Befragten zu einer noch höheren Wertschätzung der Naherholungsgebiete in NRW geführt, die es nun umso stärker zu erhalten gelte. Zudem sei das Bewusstsein für die Vorteile mobilen Arbeitens für den Umweltschutz durch die Pandemie geschärft worden. Der Reduzierung von Geschäftsreisen und Pendlerverkehr aufgrund von Home-Office-Regelungen wird ein unmittelbarer positiver Effekt auf die Umweltqualität zugeschrieben.

Zwar scheint das Thema Klima- und Umweltschutz durch die Emotionalität anderer Themen mit akuterer Herausforderungen im Alltag (z. B. Kinderbetreuung) überlagert sowie durch eine geringere mediale Aufmerksamkeit, auch durch fehlende physische Präsenz der ‚Fridays-for-Future‘-Bewegung, zumindest ungestützt in den Hintergrund gerückt zu sein. Trotzdem zeigt sich in der gestützten Diskussion, dass hier weiterhin große Zukunftssorgen bestehen und Handlungsbedarf gesehen wird. Übergreifend besteht bei den Teilnehmer\_innen die Sorge, die bisherigen Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz seien nicht ausreichend – es würde noch zu wenig und zu langsam umgesetzt, um für wirkliche Verbesserung für nachkommende Generationen zu sorgen. Ihre Forderungen, die Unternehmen stärker in die Verantwortung zu nehmen, richten sich vor allem an die Politik. CO<sub>2</sub>-Emissionen sollten weiter reduziert und Schlupflöcher im Emissionshandel beseitigt wer-

den, zudem sollte die Verpackungsindustrie strenger reguliert werden, um den Plastikverbrauch zu senken. Als zentral sehen die Befragten zudem den Ausbau und die Finanzierung des Öffentlichen Nahverkehrs sowie den weiteren Ausbau der Fahrradinfrastruktur in den Städten an. Zuletzt sollten Unternehmen incentiviert werden, sogenannte ‚best practices‘ im Bereich Mobilität aus der Zeit der Pandemie beizubehalten, d. h. mehr Home-Office zur Entlastung des Verkehrsnetzes zu ermöglichen und innerdeutsche dienstliche Flugreisen zu beschränken.

### **Innere Sicherheit: Zwischen repressiven und sozialintegrativen Antworten auf das wahrgenommene Kriminalitätsproblem**

Innere Sicherheit wird in den Gruppen aus dem Ruhrgebiet vor allem mit Clankriminalität verknüpft, in prosperierenden Regionen wird der Drogen- bzw. Beschaffungskriminalität eine größere Rolle zugeschrieben. Beides resultiert in einem subjektiven Unsicherheitsgefühl, das sich meist lokal auf wahrgenommene Brennpunkte wie den nördlichen Stadtteil Essens oder die Umgebung des Kölner Hauptbahnhofes fokussiert.

Im Gegensatz zur Vorgängerstudie von 2019 fällt auf, dass Zuwanderung bzw. Geflüchtete von den Befragten kaum thematisiert werden. Dies könnte im Ruhrgebiet durch das medienwirksame Vorgehen gegen Clankriminalität im Rahmen mehrere Großsinsätze und Razzien 2019 und 2020 erklärt werden, die den öffentlichen Diskurs um innere Sicherheit weitestgehend definiert haben. Auf der Metaebene lässt es verschiedene Deutungen zu: Ist das ein Zeichen für einen nun differenzierten Blick auf Zuwanderung? Oder ist es nur eine gesellschaftlich anerkanntere Verlagerung des Diskurses?

Hinsichtlich der bestehenden Missstände und den daraus abgeleiteten Forderungen an die Politik stehen sich repressive und sozialintegrative Antworten entgegen. Auf der einen Seite wünschen sich die Befragten eine verstärkte Polizeipräsenz, konsequentere und schnellere Strafverfolgung sowie eine Erhöhung des Strafmaßes. Insbesondere Teilnehmer\_innen im Ruhrgebiet vertreten diesen punitiven Ansatz, um gegen (Clan-)Kriminalität vorzugehen. In prosperierenden Regionen lässt sich dieses Deutungsmuster ebenso wiederfinden, jedoch wird dieses durch einen klar sozialintegrativen Ansatz ergänzt. Die Coronapandemie wird hier auch als ‚Katalysator‘ für die wachsende Schere zwischen Arm und Reich gedeutet; mit steigender Arbeitslosigkeit und finanziellen Notlagen durch die Pandemie wird auch eine steigende Kriminalitätsrate befürchtet. Kriminalität wird demnach stark mit den Folgen von Armut und verschärfter sozialer Ungleichheit verknüpft, woraus sich Forderungen nach sozialpräventiven Maßnahmen ableiten, insbesondere Bildungs- und Jugendarbeit, um diesen Tendenzen entgegenzuwirken und Perspektiven jenseits der Kriminalität aufzuzeigen.

### **Arbeitsmarktpolitik: Verschiebung des persönlichen Bezugsrahmens durch Corona**

Trotz der erheblichen wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie bereitet das Thema Arbeitsmarkt und Arbeitsplatzsicherheit den Befragten überraschend geringe Zukunftssorgen. Vielmehr wird die persönliche Situation erstaunlich positiv bewertet, berücksichtigt man den zeitlichen Kontext dieser Befragung. Dies lässt sich einerseits durch die Zusammen-

setzung der Gruppen erklären, in denen nur wenige Beschäftigte aus besonders von der Krise betroffenen Branchen vertreten waren. Andererseits scheint eine Verschiebung des eigenen Bezugsrahmens durch Corona ausgelöst zu werden: In Relation zu den durch den Lockdown besonders betroffenen Branchen im eigenen Land sowie zur wirtschaftlichen Situation der europäischen Nachbarn wird die eigene Arbeitsplatzsicherheit höher geschätzt und wertgeschätzt. Angesichts des Einsatzes von Instrumenten wie Kurzarbeitergeld besteht der Eindruck, Deutschland sei bisher vergleichsweise gut durch die Krise gekommen, viele Arbeitsplätze sind (noch) erhalten. Lohneinbußen werden dabei als verkräftbares Übel wahrgenommen, stehen sie doch Existenzbedrohungen anderer Branchen gegenüber.

Während die persönliche wirtschaftliche Situation vergleichsweise positiv eingeschätzt wird, bereitet die gesamtwirtschaftliche Lage größere Zukunftssorgen. Der ‚Kollateralschaden‘ der Coronapandemie zeige sich in drohenden Insolvenzen, steigender Arbeitslosigkeit und bedrohten Existenzen ganzer Branchen. Dabei verschärfe die Krise die Situation in Branchen mit bereits prekären Beschäftigungsverhältnissen, z.B. in der Gastronomie. Für den Fall eines länger anhaltenden Lockdowns wird eine deutliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage befürchtet.

Kurz- bzw. mittelfristig konzentrieren sich die Forderungen auf schnelle Krisenhilfen, d.h. finanzielle Unterstützung von besonders betroffenen Unternehmen nach dem Modell der „Novemberhilfe“. Zur langfristigen Arbeitsplatzsicherheit in der Region besteht der Wunsch, die Standortattraktivität NRWs zu erhöhen, bestehende Unternehmen zum Erhalt und neue Unternehmen, insbesondere aus zukunftsweisenden Branchen wie Technologie und Digitalisierung, zur Niederlassung zu incentivieren.

### Wohnungspolitik: Sorge um steigende Mieten in prosperierenden Regionen

Während Wohnungspolitik nicht in den vordefinierten Themenfelder für die Gruppendiskussionen inkludiert war, stellte sich jedoch in den Fokusgruppen mit Teilnehmer\_innen aus prosperierenden Regionen deutlich heraus, dass das Thema Wohnraum mit erheblichen Zukunftssorgen behaftet ist. Steigende Miet- bzw. Immobilienpreise bereiten insbesondere Familien zunehmend Schwierigkeiten, ausreichend Wohnraum in den Städten zu finden. Mit gleichzeitig steigenden Lebensunterhaltungskosten besteht die Sorge, sich den eigenen Lebensstandard in Zukunft nicht mehr leisten zu können. Lohneinbußen während Corona, z.B. aufgrund von Kurzarbeit, verschärfen die Situation weiter.

Während einerseits also der Wohnraum als knapp wahrgenommen wird, verlagert sich andererseits das Leben aufgrund der eingeschränkten Freizeitmöglichkeiten und Kontaktbeschränkungen in die eigenen vier Wände, wodurch das Gefühl der Beengtheit unterstrichen wird.

Von den Befragten wird gefordert, die Mietpreisbremse konsequent durchzusetzen sowie neuen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, insbesondere durch Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Auch arbeitsmarktpolitische Forderungen nach einer Erhöhung des Mindestlohns werden laut, um das Lohnniveau an die steigenden Lebensunterhaltungskosten anzupassen.

### Zaghafter Optimismus, aber erste Anzeichen von Frustration

Trotz bestehender Ängste blicken die Befragten nicht pessimistisch in die Zukunft. Es herrscht keine depressive oder panische Stimmung. Stattdessen besteht eine eher vorsichtig optimistische Grundstimmung, die sich nicht zuletzt aus der alten Arbeiteridentität der Menschen in NRW als „Macher“ speist. Die Menschen begreifen sich als bodenständig, ehrlich und direkt, visualisieren in einer projektiven Übung das Selbstbild ihrer Region in Form eines „kultigen“, bunten, großen Busses, der die Vielfalt und Offenheit der Menschen widerspiegeln soll. Zudem habe sich die Bevölkerung in der Vergangenheit bereits als wandelbar und anpassungsfähig bewiesen, der Strukturwandel der Region trage dem Zeugnis.

Jedoch zeigen sich bereits erste Anzeichen von Frustration – und es besteht die Gefahr, dass sich die noch zaghaft optimistische Stimmung durch den Fortbestand der Pandemie verschlechtern wird. Mit verlängertem Lockdown und Verschärfung der Maßnahmen zur Eindämmung des Virus wird die Resilienz der Menschen zunehmend auf die Probe gestellt. Zentrale gesellschaftliche Aufgabe ist es, der aktuell durch die Covid-19-Pandemie verstärkten Ungleichheit kurz- und mittelfristig entgegenzuwirken, um echte Chancengleichheit in allen Bereichen des Lebens zu ermöglichen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

#### LITERATUR:

Florack, Martin (2020), „Sicherheit, Gerechtigkeit und Zusammenhalt. Alltagsleben und Politikerwartungen in Nordrhein-Westfalen.“, Weiterdenken – Diskussionspapier des Landesbüros NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung, Ausgabe 2, 2020.

Freudenthal, Rouven (2020), <https://www.ipsos.com/de-de/umdenken-wegen-corona-jeder-zweite-wünscht-sich-personliche-veränderungen>, letzter Zugriff am 5.2.2021.

#### In der Reihe „Weiterdenken“ sind bereits erschienen:

- C. Krell: Aufstieg ist möglich! – Ist Aufstieg möglich? 2019/1.
- B. Küpper: Einwanderungspolitik für die pragmatische Mitte. 2019/2.
- A. Karačić: Sozialer Fortschritt durch technische Innovation? 2019/3.
- S. Rammler, I. Kollosche, A. Breitzkreuz: Mobilität für alle. 2019/4.
- F. Decker: Vertrauen und Demokratiezufriedenheit an Rhein und Ruhr. 2019/5.
- G. Bellenberg: Gleiche Bildungschancen für alle! 2020/1.
- M. Florack: Sicherheit, Gerechtigkeit und Zusammenhalt. 2020/2
- C. Tribowski: Sozial und Ökologisch! Nachhaltig leben in NRW.2021/1

**Abrufbar unter: [www.fes.de/landesbuero-nrw](http://www.fes.de/landesbuero-nrw)**

Impressum: © Friedrich-Ebert-Stiftung | Herausgeber: Landesbüro NRW, Petra Wilke (V. i. S. d. P.), Godesberger Allee 149, 53175 Bonn | Tel.: 0228 883-7202 | Fax: 0228 883-9208 | [landesbuero-nrw@fes.de](mailto:landesbuero-nrw@fes.de) | [www.fes.de/landesbuero-nrw](http://www.fes.de/landesbuero-nrw) | [www.facebook.com/FESNRW](https://www.facebook.com/FESNRW) | [twitter.com/FESNRW](https://twitter.com/FESNRW) | ISBN: 978-3-96250-890-6 |

Gestaltung: pellens.de | Druck: Druckerei Brandt, Bonn |

Fotos: FES; NRW-Fahne: Yul/fotolia.com; Skyline: Hans-Jürgen Landesshamm, Tobias Arhelger, Henrik Dolle, photofranz56, elxeneize/fotolia.com; Beeldbewerking, AndresGarciaM/istockphoto.com; birdys/photocase.de; Lokilech, Thomas Wolf/Commons wikimedia.org

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind von den Autor\_innen in eigener Verantwortung vorgenommen worden.

